

7. Gesetzentwürfe, DPCM und Urteile

Zusammenfassung einer Reihe von kurzen Lernprogrammen um für unsere Freiheit einzustehen. Wir wissen, dass die Verordnungen, die Gesetze welche in diesem Zeitraum beschlossen wurden, verfassungswidrig sind. Aber was sollen wir nun tun wenn wir von den Ordnungshütern angehalten und bestraft werden? Hier ein Gespräch mit Rechtsanwalt Fusillo von der Freiheitsbewegung (Movimiento Libertario). Heute werden wir Fragen beantworten die von euch in großer Zahl an uns herangetragen worden sind. So zum Beispiel: wo liegt der Unterschied zwischen einer Verordnung und einem Gesetzesdekret, wie ist die Herangehensweise?

Wir werden uns drei Gerichtsurteile anschauen, diese tragen dazu bei, die Lage neu zu bewerten.

Frage an den Rechtsanwalt: Was ändert sich nun, wo diese Gesetzesdekrete herausgegeben werden?

Antwort vom Rechtsanwalt: Die schnelle Antwort ist, im Wesentlichen ändert sich NICHTS. Nun im Detail: Die Gesetzesdekrete hat es immer gegeben, seit Februar 2020 hat die Regierung immer auf Grund von Gesetzesdekreten gehandelt. Einige wurden umgewandelt, andere aufgehoben. Ganz speziell das grundlegende Gesetzesdekret Nummer 19 von 2020, welches alle Sanktionen vorsieht. Die Regierung hat immer schon auf diese Weise agiert, eben aufgrund der Anwendung von Gesetzesdekreten und Verordnungen des Ministerpräsidenten. Grundsätzlich funktioniert die COVID Notfall Gesetzgebung wie folgt: ein Gesetzesdekret kann eine Reihe von Maßnahmen vorsehen, eine sehr lange Liste von Einschränkungen unserer Grundrechte (Grundfreiheiten). Diese können vom Ministerratspräsidenten in Anspruch genommen werden, so erlauben diese z.B. die Schließung von Restaurants, Menschen in ihre Häuser einzusperren und ihnen zu verbieten die Gemeinde zu verlassen, uvm. Die Umsetzung ist immer an eine Verordnung des Ministerpräsidenten gebunden, also an ein Dekret des Ministerpräsidenten welches zum Beispiel vorsieht: in roten Zonen ist dieses oder jenes nicht erlaubt, in orangen Zonen ist dieses oder jenes nicht erlaubt. Also werden die Grundvoraussetzungen immer über die Verordnung des Ministerpräsidenten geschaffen. Das Gesetzesdekret vom 13.3.2021 war als angepriesen worden, da die Regierung nun Gesetzesdekrete anstatt der Verordnungen des Ministerpräsidenten erlassen würde. Es stellte sich aber heraus, dass dies im Grunde identisch mit den vorangehenden Verordnungen des Ministerpräsidenten ist. Die Verordnung des Ministerpräsidenten ist vom 2.3.2021 und bleibt bis 6.4.2021 in Kraft, das Gesetzesdekret vom 13. März verweist auf die Verordnung des Ministerpräsidenten vom 2.3.2021 und diese letztere bleibt bestehen. Die einzige Bestimmung die tatsächlich nur im Gesetzesdekret vorgesehen ist, ist jene über das Verbot an Ostertagen das Haus zu verlassen, um Besuche in anderen Wohnungen nur in bestimmten Formen abzustatten. Dies ist die einzige Bestimmung, welche im Gesetzesdekret enthalten ist, alle anderen berufen sich auf die Verordnung des Ministerpräsidenten vom 2. März.

Weitere Frage an den Rechtsanwalt: Mir ist aufgefallen, dass im vorangehenden Gesetzesdekret (vor dem 2. März) bezüglich der Masken folgendes vorgesehen ist: Möglichkeit die Verpflichtung vorzusehen. Mehr wurde nicht gesagt. Und dann wurden aber

in den Verordnungen des Ministerpräsidenten sämtliche zusätzliche Bestimmungen angeführt. Warum wird diese Methode gewählt? Gibt es da ein Kriterium dafür?

Antwort vom Rechtsanwalt: Laut italienischer Verfassung sollten Gesetze nicht so gemacht werden. Die Gesetze werden vordergründig vom Parlament verabschiedet. Die Regierung kann Gesetze verabschieden, wenn eine Vollmacht vom Parlament vorhanden ist d.h. wenn das Parlament ein delegiertes Gesetz beschließt und die Regierung zum Erlass von Gesetzen ermächtigt, die in diesem Fall als Ermächtigungsgesetz bezeichnet werden. Oder im Falle einer außerordentlichen Notwendigkeit und Dringlichkeit, kann die Regierung direkt ein Gesetzesdekret erlassen, das innerhalb von 60 Tagen in Gesetz umgewandelt werden muss. Wir sprechen hier nicht von Verwaltungsvorschriften, es gibt sehr viele davon. Die Sache ist, dass die Verwaltungsvorschriften nie im Widerspruch mit den Grundrechten sind. Hier aber wird zum Beispiel eines unserer Grundrechte systematisch verletzt, und zwar jenes der persönlichen Freiheit. So unter anderem aus dem Haus gehen und einen Spaziergang machen zu können. Die persönliche Freiheit kann laut Verfassung nur in sehr schweren Fällen eingeschränkt werden, also bei Verdacht ein Verbrechen begangen zu haben, d.h. Untersuchungshaft, oder bei Verurteilung seitens eines Gerichts wegen schweren Verbrechens, dann muss die Person ins Gefängnis. Außerhalb dieser Hypothesen kann die persönliche Freiheit nicht angetastet werden! Sie kann mit Sicherheit nicht von einem Verwaltungsakt / Verordnung des Ministerpräsidenten angetastet werden, aber auch kein Gesetz kann die persönliche Freiheit infrage stellen. Das Problem das viele von uns angesprochen haben, ich habe es vor dem Verfassungsgericht angesprochen, ist, dass dieses System die Art und Weise, wie Regeln und Gesetze laut Verfassung gemacht werden, umstürzt. Hier wurde dem Ministerratspräsidenten eine Befugnis erteilt, die es ihm ermöglicht Notstandsbefugnisse zu erlassen, obwohl unsere Verfassung keinen Notstand anerkennt. Dies kann nun gefallen oder nicht, aber es gibt wichtige historische Ereignisse warum die italienische Republik die Notstandssituationen nicht anerkennt. Es gab da vor der Schaffung der Republik einen Herrn, der mit einem Notstand 20 Jahre lang regierte und einigen Schaden angerichtet hat.

Und hier die nächste Thema: Das berühmte Urteil von Reggio Emilia, wo genau wird dieses Sache behandelt wird, nicht wahr?

Antwort vom Rechtsanwalt: Das Urteil von Reggio Emilia hat eine Reihe von Bürgern freigesprochen, die in den Eigenerklärungen, um sich bewegen zu können, falsche Angaben gemacht haben. Es wurde nicht berücksichtigt ob die Angaben richtig oder falsch waren, weil alle Notstandsgesetze, sowohl die Verwaltungsakte, als auch die Verordnungen des Ministerpräsidenten, verfassungswidrig sind. Zivil – und Strafrichter können die Verordnungen des Ministerpräsidenten außer Kraft setzen. Was heißt das? Diese werden als illegal anerkannt, von der Verwaltungsseite werden sie allerdings nicht angetastet, sie werden nicht abgeschafft wie es z.B. ein Regionales Verwaltungsgericht tun könnte, sie beschränken sich hingegen darauf zu erklären, dass die Verordnung des Ministerpräsidenten gesetzeswidrig ist, sie verstößt gegen eine ganze Reihe von Regeln wie sie in den Verfassungsbestimmungen vorgesehen sind und aus diesem Grunde können sich Richter weigern diese Bestimmungen anzuwenden, da es sich um einen wertlosen Verwaltungsakt handelt. Dies ist eine große Ressource die Zivil- und Strafrichter in diesem Streitfall zur Verfügung steht und welche es ihnen ermöglicht Fragen zu behandeln, auch vor, und unabhängig von einem Rekurs beim Verfassungsgericht, was unweigerlich viel Zeit in Anspruch nehmen würde.

Moderator: Also hat der Richter in diesem Fall beschlossen, dass der Bürger in der Eigenerklärung auch folgendes reinschreiben hätte können „ich habe einen fliegenden Esel, er ist mir entkommen und ich renne ihm jetzt nach“, weil die Bürger nicht verpflichtet werden können zu Hause zu bleiben, es war also ihr Recht sich frei zu bewegen. In Italien kann man nicht z.B. das Urteil „Fabbri gegen Marroni“ zitieren, wie man es in den USA hingegen machen könnte. Wie kann dieses Urteil dann weiterhelfen?

Antwort RA: Stimmt in Italien haben wir nicht das System des Präzedenzfalls, die Bindung an Urteilen anderer Richter der gleichen oder höheren Rangordnung. Aber auch Urteile von Richtern niedrigerer Ränge, nicht jene des Kassationsgerichtshofs, auch diese Urteile haben eine Überzeugungskraft, insbesondere solange es noch kein Kassationsurteil gibt, dieses wäre dann verbindlich. Nicht wie in den Vereinigten Staaten oder in England wo viele Richter mit niederem Rang die Kassationsurteile nicht berücksichtigen. Das Urteil des Richters von Reggio Emilia und auch weitere erlassene Urteile dieser Art, können genutzt werden, vor allem bevor nicht ein endgültiges Urteil vom Kassationsgerichtshof vorliegt, werden Rechtsanwälte wie ich, Berufung einlegen und die Richter überzeugen, dass das Gericht von Reggio Emilia folgendes Urteil verkündet hat und dieses Urteil eine Überzeugungskraft aufgrund seiner Inhalte vorweisen kann.

Moderator: Kommen wir zum nächsten Urteil „Pub Halloween“, dieser Pub hatte beschlossen zu öffnen und den Verordnungen des Ministerpräsidenten und den Strafen zu trotzen. Der Bürgermeister oder sonst wer hatte ihn dann angezeigt, eine Pandemie auszulösen.

Antwort RA: Der Pub wurde präventiv strafrechtlich durch den Staatsanwalt beschlagnahmt. Der Staatsanwalt hatte zwei Vergehen vermutet: Eines war die fahrlässige Epidemie und das andere war Verletzung von Anordnungen der öffentlichen Verwaltung, also des Art. 650 des Strafgesetzbuches, worüber wir schon (an anderer Stelle / in einem anderen Video) gesprochen haben. Die Rechtsanwälte des Pub Halloween haben die Anordnung der Beschlagnahmung im Wege des Beschwerdeverfahrens für strafrechtliche Sicherungsmaßnahmen, der sogenannten „riesame“ (Neuuntersuchung), angefochten. Das Gericht des „riesame“, oder Gericht der Freiheit wie es auch genannt wird, hat die Beschlagnahmung im Hinblick auf die schuldhaftige Epidemie aufgehoben, da die Hypothese eines schuldhaften Epidemieausbruchs jenseits jeder juristischen Logik war.

Moderator: Schaut euch das Video 5b an, dort haben wir diese Angelegenheit sehr gut erklärt. Dort erklärt der Rechtsanwalt, warum es nicht anwendbar war.

RA: Die Beschlagnahme laut Artikel 650 war jedoch noch vorhanden. Gegen die Entscheidung des Gerichts des „riesame“, legte der Pub Berufung ein und der Kassationsgerichtshof hat folgendes verkündet: Das Vergehen gegen die Covid-Verordnungen sieht ausschließlich eine Ordnungsstrafe vor. Diese These haben einige Kollegen und ich schon seit einiger Zeit vertreten. Also wurde die Strafe verhängt und die Schließung des Lokals für einige Zeit vom Präfekt angeordnet, es gibt keinen strafrechtlichen Hintergrund. Wer sein Lokal öffnet oder wer die Covid-Verordnungen mehrmals missachtet, auch wenn er 10, 50 oder 100 Strafen erhält, begeht nichts weiter als eine Ordnungswidrigkeit. Es handelt sich nur um Bußgeldbescheide, es gibt kein Vergehen und keine strafrechtliche Sanktion.

Moderator: Das letzte Urteil, gerade von vor wenigen Tagen, ist das Urteil des Verfassungsgerichtes über das Aostatal. Was ist passiert? Das Aostatal hatte ein Regionalgesetz erlassen, um die Skigebiete zu öffnen. Das Verfassungsgericht hat entschieden, dass eine Region nicht einfach Gesetze erlassen und tun und machen kann, wie sie will. Dies gilt umgekehrt aber auch für alle unsere Präsidenten die wir im letzten Jahr hatten. Nicht wahr?

RA: Im Falle des Aostatals beschränkte sich das Verfassungsgericht auf eine Frage der Zuständigkeit, daher entschied es, dass die Region in dieser Angelegenheit keine Kompetenz hatte, Gesetze zu erlassen. Und wenn sie nicht die Kompetenz hat, eine für die Bürger und Betreiber von Skigebieten günstigere Gesetzgebung zu erlassen, dann hat sie auf der Gegenseite auch nicht die Kompetenz, eine Gesetzgebung im Sinne von restriktiveren Maßnahmen zu erlassen. Abgesehen von den Maßnahmen in der Emilia Romagna, die besondere Absurditäten enthält, sind auch jene der Region Piemont und verschiedene andere zu erwähnen.

Moderator: Auch infolge der Maßnahmen welche die Region Sardinien erlassen hat, haben Anwälte eine Klage eingereicht, also wird das Urteil zum Fall Aostatal diesen Anwälten zugute kommen?

Antwort RA: Bestimmt, auch weil eine der Bestimmungen des Gesetzesdekretes von dem wir gesprochen haben, davon handelt, dass es im Grunde um einen unterschriebenen Blankoscheck geht, womit die Regionen nach Belieben restriktivere Beschränkungen erlassen können. Was keinen Sinn macht wenn wir die Urteile des Verfassungsgerichts sehen. Die Regionen müssen sich zumindest innerhalb der Grenzen bestehender Gesetzesdekrete bewegen, wobei die Gesetzesdekrete als völlig verfassungswidrig anzusehen sind.

Moderator: Ein Zuhörer der sich „Mingao“ nennt berichtet, dass laut dem dem Gesetz 689 aus dem Jahre 1981, Art. 1 (Legalitätsprinzip), niemand mit Verwaltungsstrafungen belegt werden kann, wenn es nicht ein Gesetz gibt, das vor dem Verstoß in Kraft getreten ist. So können wir nicht für etwas sanktioniert werden, das in den Verordnungen des Ministerpräsidenten steht. All diese Bestimmungen werden in den Verordnungen des Ministerpräsidenten bzw. in Gesetzesdekreten geregelt Wie wir in vorherigen Videos berichtet haben, wo einer sagt: Man sieht die Möglichkeit vor, die Verwendung der Maske zu erzwingen, aber wo sie zu verwenden ist und wo nicht, wird in der Verordnung des Ministerpräsidenten festgelegt, so dass diese Bußgeldbescheide praktisch ungültig sind.

RA: Das ist eine korrekte und faire Beobachtung, denn in allen meinen Bemerkungen an den Präfekten erwähne ich anfänglich immer die Verletzung des Legalitätsprinzips. Die Verwaltungsstrafen, die aus wirtschaftlicher Sicht oft sehr schwer wiegen, wir haben Geldbußen von 400 bis 1.000 Euro, das sind Beträge, die für eine normale Familie, die in dieser Zeit zu kämpfen hat, weil sie nicht arbeiten kann, aufgrund der momentanen Krise nicht tragbar sind. Verwaltungsstrafen müssen von einem Gesetz vorgesehen werden, sie können nicht von einem Verwaltungsakt vorgesehen werden. Diese Situation wirft also einen Schatten auf alle Verwaltungsstrafen die auferlegt wurden.

Also: Jeder, der Berufung einlegt, auch wenn er nicht unsere Formulare nutzt, wenn er es selbst macht, usw., soll immer einwenden, dass das Legalitätsprinzip verletzt wird!